

Kompetenzstelle Brandschutz (KSB)
Dresdner Straße 73-75, 2. Stock
1200 Wien
Telefon +43 1 4000 37200
Fax +43 1 4000 99 37200
ksb@ma37.wien.gv.at
ksb.wien.at

Aktenzahl	Sachbearbeiter/in:	Telefon	Datum
1191583 - 2020	Dipl.-Ing ⁱⁿ Irmgard Eder Senatsrätin	4000-37201	Wien, 24. Sep. 2024

Brandschutztechnische Sicherheitsstandards in Bildungseinrichtungen

Zur Erreichung einer einheitlichen Vorgangsweise bei der Handhabung von brandschutztechnischen Sicherheitsstandards für Bildungseinrichtungen wird im Einvernehmen mit den betroffenen Dienststellen Folgendes festgelegt:

1. Einleitung

Mit der Richtlinie über brandschutztechnische Sicherheitsstandards in Bildungseinrichtungen vom 20. November 2013, MA 37/03399/2013, wurde ein umfassendes Regelwerk erarbeitet, das nicht nur eine Unterstützung beim Umgang mit der Bestandssanierung in Form von brandschutztechnischen Verbesserungen, sondern auch für den Neubau auf Basis der OIB-Richtlinien eine praxisgerechte Zusammenfassung darstellt.

Auf Grund des Inkrafttretens der Wiener Bautechnikverordnung 2023 am 23. Februar 2024 in Verbindung mit den OIB-Richtlinien Ausgabe 2023 sowie den Erfahrungen mit der Ausgabe vom 22. Dezember 2020 waren geringfügige Anpassungen erforderlich.

Liegt ein von einer*m Brandschutzsachverständigen erstelltes Brandschutzkonzept bzw. eine brandschutztechnische Beschreibung für das Bildungsgebäude gemäß OIB-Leitfaden „Abweichungen im Brandschutz und Brandschutzkonzepte“ vor, ist dieses verbindlich heranzuziehen.

- Definition Bildungseinrichtung

Als Bildungseinrichtungen bzw. Bildungsinstitutionen im Sinne dieser Richtlinie gelten Einrichtungen zum Lernen und Lehren sowie Einrichtungen, die entweder einer staatlichen oder kommunalen Verordnung folgend einen originären Bildungsauftrag besitzen oder ein indirekter Bildungsauftrag zu-gesprochen wird; darunter fallen jedenfalls

- Kindergärten (Kleinkindergruppen, Kindertengruppen, Hortgruppen, Familiengruppen) und Kindergruppen,

- Schulen (z.B. Volksschulen, Mittelschulen, Gymnasien, Fachschulen, berufsbildende Schulen wie HTL, HAS, HAK u.dgl.) jeweils einschließlich Nachmittagsbetreuung,
- Hochschulen, Universitäten,
- Institutionen der Erwachsenenbildung (z.B. Volkshochschulen)
 - Anwendungsbereich

Diese Richtlinie gilt für alle Bildungseinrichtungen (siehe Definition), d.h. nicht nur für Bildungseinrichtungen, die dem Kompetenzbereich der Stadt Wien unterliegen, sondern auch für jene, die dem Bund unterstehen, sowie für private Einrichtungen.

Diese Richtlinie gilt für alle Bildungseinrichtungen (siehe Definition), ausgenommen eine Gruppe mit höchstens 14 selbstrettungsfähigen Kindern im Alter ab 2 Jahren pro Standort. Für diese Gruppe sind die Bestimmungen über Wohnungen sinngemäß anzuwenden (wohnungsaffine Nutzung).

Folgende Anforderungen an **Wohnungen** werden für **eine Kindergruppe** (0 bis 6 Jahre) ebenfalls als ausreichend erachtet:

- In der Kindergruppe muss in allen Aufenthaltsräumen für Kinder, Garderobenbereichen und Bewegungsräumen – ausgenommen in Küchen – sowie in Gängen, über die Fluchtwege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils mindestens ein unvernetzter Rauchwarnmelder angeordnet werden.
- Für die Kindergruppe darf Punkt 5.2.1 der OIB-Richtlinie 2 (Rettungsweg mit Geräten der Feuerwehr) angewandt werden, mit Einschränkung der Anleiterbarkeit auf die Drehleiter (fest verlegte Rettungswegesysteme oder die Anleiterbarkeit mit der tragbaren Schiebeleiter sind **nicht zulässig**).
- Die Anordnung einer Kleider- und Schuhablage in einem Vorraum der Kindergruppe ist zulässig, sofern
 - die Kleider- und Schuhablage in geschlossenen Garderobenkästen erfolgt und der Fluchtweg nicht unmittelbar an der Kleider- und Schuhablage vorbeiführt ODER
 - die offene Kleider- und Schuhablage mittels räumlicher Begrenzung (z.B. Wandscheibe, Raummöbel) vom Fluchtweg abgetrennt wird.

- Nutzer*innenprofil

Für Personen und Kinder, die nicht selbstrettungsfähig sind, sowie für Sondernutzungen (z.B. überwiegender Anteil von Menschen mit Behinderungen wie Mobilitäts-, Sinnesbehinderungen sowie intellektuellen Behinderungen) werden zusätzliche Maßnahmen erforderlich sein, die in der Regel in Form eines Brandschutzkonzeptes bzw. einer brandschutztechnischen Beschreibung festgelegt werden; darin sind neben den Maßnahmen des baulichen und anlagentechnischen Brandschutzes auch jene für diese Sondernutzungen speziellen Maßnahmen des organisatorischen Brandschutzes besonders zu betrachten.

2. Neubauten

2.1. Allgemeines

Es sind die Bestimmungen der Bauordnung für Wien (BO) in der geltenden Fassung in Verbindung mit der Wiener Bautechnikverordnung (WBTV) – diese beinhaltet auch die OIB-Richtlinien – die Arbeitsstättenverordnung sowie die Punkte 2.2 bis 2.10 dieser Richtlinie einzuhalten.

Bei Bildungseinrichtungen, die in den Kompetenzbereich der Stadt Wien fallen, sind zusätzlich das Wiener Bedienstetenschutzgesetz und die Verordnung der Wiener Landesregierung über zu treffende Maßnahmen auf dem Gebiet des Brandschutzes für in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigte Bedienstete einzuhalten.

Hinsichtlich der Möglichkeit, von bestimmten Anforderungen der OIB-Richtlinien abzuweichen, wird auf § 2 der WBTV hingewiesen.

Sofern von einzelnen Bestimmungen der OIB-Richtlinien abgewichen werden soll, obliegen die Nachweise der Gleichwertigkeit der*dem Bauwerber*in bzw. der*dem Planverfasser*in. Die Vorgangsweise für diesbezügliche Nachweise hat gemäß OIB-Leitfaden „Abweichungen im Brandschutz und Brandschutzkonzepte“ zu erfolgen.

Sofern § 2 der WBTV in Anspruch genommen wird, ist jedenfalls die MA 37 - KSB zu befassen. Dies ist nicht erforderlich, sofern nur die in dieser Richtlinie angeführten unwesentlichen Abweichungen, die ohne weiteren Nachweis zulässig sind, in Anspruch genommen werden.

Die folgende Zusammenstellung (Punkte 2.2 bis 2.10) gibt einen Überblick über brandschutztechnische Anforderungen für Neubauten, wobei sich der Aufbau an der OIB-Richtlinie 2 (Brandschutz) orientiert.

2.2. Einstufung in die Gebäudeklasse

Gebäude der Gebäudeklassen 1 und 2 - ausgenommen solche mit nur einem oberirdischen Geschoß - sind als Gebäude der Gebäudeklasse 3 einzustufen.

2.3. Allgemeine Anforderungen und Tragfähigkeit im Brandfall

2.3.1. Brandverhalten von Bauprodukten (Baustoffen)

Sofern für Baustoffe hinsichtlich ihres Brandverhaltens in dieser Richtlinie keine (gesonderten) Anforderungen festgelegt werden, gelten die Anforderungen der Tabelle 1a der OIB-Richtlinie 2. Es ist darauf zu achten, dass für den Belag von Physik- und Chemiesälen nur Bauprodukte (Baustoffe) verwendet werden, die eine Ableitfähigkeit gegen elektrostatische Aufladung sicherstellen.

2.3.2. Feuerwiderstand von Bauteilen

Es gelten die Punkte 2.2 und 7.2.2 der OIB-Richtlinie 2 mit folgenden Abweichungen bzw. Ergänzungen:

- Wände und Decken, die Treppenhäuser, Zentralgarderoben, Physik-, Chemie-, Werkräume samt zugehöriger Lehrmittelräume, Lehrküchen und dgl. begrenzen, sind als Trennwände auszuführen. Decken zwischen oberirdischen Geschoßen sind als Trenndecken auszuführen.
- Für nicht überbaute (freistehende) Turnäle ist eine Ausführung der Tragkonstruktion in der Feuerwiderstandsklasse R 30 zulässig. Sofern mit keiner Brandübertragung zu rechnen ist, ist für die Umfassungsbauteile auch eine geringere Feuerwiderstandsklasse möglich; dies stellt jedenfalls einen Abweichungsfall gemäß § 2 WBTV dar und ist entsprechend zu belegen und zu begründen.

Hinweis: Für Küchen bzw. Kochbereiche, die nur dem Aufwärmen von Speisen dienen, gelten diese Regelungen nicht.

2.4. Ausbreitung von Feuer und Rauch innerhalb des Bauwerkes

2.4.1. Brandabschnitte

Es gelten die Punkte 3.1 und 7.2.5 der OIB-Richtlinie 2:

- Bei oberirdischen Geschoßen darf ein Brandabschnitt eine Netto-Grundfläche von 1.600 m² nicht überschreiten.

2.4.2. Öffnungen in Trennwänden und Trenndecken

Es gelten die Punkte 3.2 und 7.2.4 der OIB-Richtlinie 2:

- Physik- und Chemieräume müssen jeweils über zwei getrennte Ausgänge verfügen. Türen zu Zentralgarderoben, Physik-, Chemie-, Werkräumen samt zugehöriger Lehrmittelräume, Lehrküchen u. dgl. müssen der Feuerwiderstandsklasse EI₂ 30-C entsprechen. Ist eine Beeinträchtigung durch Strahlungswärme nicht zu erwarten, genügt die Feuerwiderstandsklasse E 30-C.

2.4.3. Schächte, Kanäle, Leitungen und sonstige Einbauten

Die teilweise zielorientierten Anforderungen des Punktes 3.4 der OIB-Richtlinie 2 gelten als erfüllt, wenn die Bestimmungen der TRVB 110 B eingehalten werden.

2.4.4. Aufzüge

Die Anforderungen gemäß Punkt 3.6.1 der OIB-Richtlinie 2 gelten als erfüllt, wenn die brandschutztechnischen Maßnahmen gemäß ÖNORM B 2473 eingehalten werden.

Sofern Ladestellen von Aufzügen in Trennbauenteilen liegen oder diese durchdringen, sind die brandschutztechnischen Maßnahmen gemäß ÖNORM B 2473 sinngemäß einzuhalten.

2.4.5. Feuerstätten und Verbindungsstücke

Es gelten die Punkte 3.7 und 7.2.6 der OIB-Richtlinie 2:

- Feuerstätten für eine zentrale Wärmebereitstellung müssen jedenfalls in einem Heizraum aufgestellt werden, der den Anforderungen der Punkte 3.9.2 bis 3.9.4 der OIB-Richtlinie 2 zu entsprechen hat. Ausgenommen davon sind Gasthermen mit einer Nennwärmleistung von nicht mehr als 50 kW, wenn diese in einem Raum aufgestellt sind, der gegen unbefugten Zutritt gesichert ist.

2.4.6. Räume mit erhöhter Brandgefahr

Für Räume mit erhöhter Brandgefahr sind die Anforderungen gemäß Punkt 3.9.2 bis 3.9.4 der OIB-Richtlinie 2 einzuhalten.

Zu den unter Punkt 3.9.1 der OIB-Richtlinie 2 angeführten Räumen zählen auch

- Archive und Lagerräume,
- Putzmittelräume (z.B. mit Lagerungen für Desinfektionsmittel),
- Lagerräume für brennbare Flüssigkeiten (Türen in der Feuerwiderstandsklasse EI₂ 60-C je nach Gefahrenklasse der brennbaren Flüssigkeit) und Chemikalienlagerräume,
- Zentralgarderoben und Garderobenräume, jedenfalls bei einer Nutzfläche von mehr als 80 m²,
- elektrische Betriebsräume, Batterieräume (nicht davon betroffen sind z.B. Verteiler-, LAN-, Druckerräume, Sammlung EDV und ähnliche Räume),
- Räume für Klima- und Lüftungszentralen innerhalb eines Gebäudes.

Hinweise:

- Eine Zentralgarderobe liegt vor, wenn sie für einen überwiegenden Teil der Nutzer*innen an einer zentralen Stelle angeordnet ist.
- Technikräume und Umformerräume im Keller gelten NICHT als Räume mit erhöhter Brandgefahr; sofern diese jedoch unmittelbar in ein Treppenhaus münden, sind die Türen in EI₂ 30-C auszuführen.
- Küchen gelten – unabhängig ihrer Ausführung (Lehrküche, Kleinküche bzw. Ausgabeküche bzw. Aufwärmküche) – NICHT als Räume mit erhöhter Brandgefahr.
 - Lehrküchen sind jedoch als eigener Raum mit Trennwänden auszuführen (siehe Punkt 2.3.2 dieser Richtlinie).
 - (Klein)küchen bzw. Ausgabeküchen bzw. Aufwärmküchen (Kochfeld und/oder Backrohr, Toaster, Mikrowelle, Kühlschrank einschl. Gefrierteil, Kaffeemaschine, Wasserkocher) sind jedoch als eigene Räume auszuführen, wobei diese auch in Sozial- und Besprechungsräumen, Aufenthaltsräumen von Pädagog*innen u.dgl. ohne weitere Abgrenzung integriert werden dürfen; es ist lediglich ein Raumabschluss ohne brandschutztechnische Anforderungen herzustellen.
 - An die Wände von Teeküchen (Kaffeemaschine, Wasserkocher, Mikrowelle) werden keine brandschutztechnischen Anforderungen gestellt.

2.4.7. Garderoben

Kleidungsstücke (Anoraks, Mäntel, Schuhe, ...) sowie sonstige Utensilien (Lernunterlagen, Turnbeutel, ...) sind in eigenen Räumen (Garderobenräume, Zentralgarderoben) unterzubringen.

Die Anordnung von Garderobenräumen im Verlauf des Fluchtweges gemäß Punkt 5.1.1 der OIB-Richtlinie 2 („erster Fluchtweg“) ist unzulässig.

Führt der einzige Fluchtweg an Garderobenräumen vorbei, sind die Wände als Trennwände (mit Türen in EI₂ 30-C) auszuführen; dies ist nicht erforderlich, wenn Fluchtwägen in zwei unterschiedliche Richtungen vorhanden sind.

Hinweise:

- Dies bedeutet, dass aus einem Unterrichts- oder Gruppenraum der „erste“ Fluchtweg nicht über einen Garderobenraum führen darf.
- Diese Regelung gilt grundsätzlich auch für Garderoben von Turn- oder Gymnastiksälen. Abweichend darf der „erste“ Fluchtweg dann über die zugehörigen Garderoberäume führen, wenn die erforderlichen Ausgänge aus dem Turn- oder Gymnastiksaal mit ausreichender Entfernung zueinander angeordnet sind, d.h. wenn eine möglichst unabhängige Führung der Fluchtwägen gegeben ist.

2.4.8. Erste und erweiterte Löschhilfe

- Anforderungen

Es gilt Punkt 3.10 der OIB-Richtlinie 2 mit folgenden Abweichungen bzw. Ergänzungen:

- In Bildungseinrichtungen sind ausreichende Mittel der ersten Löschhilfe gemäß TRVB 124 bereitzuhalten.
- Für Gebäude der GK 5 mit nicht mehr als 6 oberirdischen Geschossen und für Gebäude unabhängig der GK mit einer Netto-Grundfläche von mehr als 1.600 m² und nicht mehr als 3.200 m² ist eine ortsfeste Löschwasseranlage „trocken“ der Ausführung 0 gemäß TRVB 128 zu errichten.
- Für Gebäude der GK 5 mit mehr als 6 oberirdischen Geschossen und Gebäude unabhängig der Gebäudeklasse mit einer Netto-Grundfläche von mehr als 3.200 m² sind Löschwasserleitungen mit Wandhydranten der Ausführung 2b gemäß TRVB 128 anzutragen.
- Für Gebäude mit einem Fluchtniveau von mehr als 22 m sind die Bestimmungen der OIB RL 2.3 einzuhalten.

- Überprüfungen

- Die tragbaren Feuerlöscher müssen der ÖNORM EN 3 entsprechen und müssen mindestens jedes zweite Kalenderjahr, längstens jedoch in Abständen von 27 Monaten von einer fachkundigen Person (z.B. Löschwart*in) auf ihren ordnungsgemäßen Zustand nachweisbar überprüft werden.
- Das Personal ist mindestens einmal jährlich nachweislich in der Handhabung der Mittel der Ersten Löschhilfe sowie über das Verhalten im Brandfall zu unterweisen. Die Nachweise über die Unterweisungen sind im Objekt aufzubewahren und im Brandschutzbuch zu vermerken.

2.4.9. vernetzte Rauchwarnmelder, Alarmierungseinrichtungen

- vernetzte Rauchwarnmelder

Es gilt Punkt 7.2.8 der OIB-Richtlinie 2 (*In Gebäuden oder Gebäudeteilen, in denen Kindergärten bzw. vergleichbare Nutzungen untergebracht sind, müssen in allen Aufenthaltsräumen sowie in Gängen, über die Fluchtwägen von Aufenthaltsräumen führen, vernetzte Rauchwarnmelder angeordnet werden.*).

Hinweis: In der ÖNORM EN 14604 wird ein vernetzungsfähiger (vernetzter) Rauchwarnmelder als ein Rauchwarnmelder definiert, der zur Generierung eines Sammelalarms mit anderen Rauchwarnmeldern verbunden werden kann. Dies bedeutet, dass der Alarm eines Rauchwarnmelders zum gleichzeitigen Alarm aller anderen Rauchwarnmelder führt.

Empfehlung: Anstelle der Anordnung von vernetzten Rauchwarnmeldern kann auch eine automatische Brandmeldeanlage gemäß TRVB 123 im Schutzzumfang Vollschutz bzw. im Schutzzumfang Brandabschnittsschutz für den Kindergarten, jeweils ausgenommen die Nassräume, errichtet werden (siehe auch Punkt 2.4.10 dieser Richtlinie). Dies wird insbesondere empfohlen, da es in Kindergärten zu möglichen Paniksituationen kommen kann, sodass ein „stiller Alarm“ an eine zentrale Stelle innerhalb des Kindergartens oder an alle Betreuungspersonen zielführender ist als eine flächendeckende Sirenenalarmierung. Dies kann jedoch nur durch eine automatische Brandmeldeanlage im o.a. Schutzzumfang einfach und wirtschaftlich (kostengünstig) erreicht werden.

- geeignete Alarmierungseinrichtungen

Es gilt Punkt 7.2.7 der OIB-Richtlinie 2 (*Es müssen geeignete Alarmierungseinrichtungen vorhanden sein, durch die im Gefahrenfall eine Warnung der im Gebäude anwesenden Personen ermöglicht wird.*) mit folgenden Abweichungen bzw. Ergänzungen:

- Durch die Alarmierungseinrichtung muss im Gefahrenfall die Evakuierung der Bildungseinrichtung eingeleitet werden können. Das Alarmsignal muss sich von allen sonstigen, für die Regelung des Betriebes in der Bildungseinrichtung vorhandenen Zeichen deutlich und unverwechselbar unterscheiden sowie in sämtlichen Räumlichkeiten gut hörbar sein (siehe auch Punkt 2.4.10 dieser Richtlinie).
- In Sonderfällen (Bildungseinrichtungen für Menschen mit Hörbehinderung) sind auch Alarmierungseinrichtungen im 2-Sinne-Prinzip erforderlich.

2.4.10. Empfehlung: Brandmeldeanlage einschließlich (externer) Alarmierungseinrichtungen

Auf Grund von Synergieeffekten hinsichtlich Alarmierung (bei Vorhandensein einer automatischen Brandmeldeanlage kann die Alarmierungseinrichtung der BMA herangezogen werden), möglicher Ansteuerungen von Feuerschutzabschlüssen sowie der Empfehlungen in Punkt 2.4.9 wird in den meisten Fällen eine automatische Brandmeldeanlage die sinnvollste und dadurch wirtschaftlichste Lösung darstellen.

- Schutzzumfang der Brandmeldeanlage

Sofern im Einzelfall nicht andere brandschutztechnische oder nutzungsbedingte Besonderheiten (z.B. Gebäude mit einem Fluchtniveau von mehr als 22 m, Sonderschulen) maßgebend sind, wird folgender Schutzzumfang der automatischen Brandmeldeanlage gemäß TRVB 123 festgelegt:

- Kindergarten in einem eigenständigen Gebäude ... Vollschutz, ausgenommen Nassräume
- Kindergarten als Teil eines Gebäudes ... Brandabschnittsschutz für den Kindergarten, ausgenommen Nassräume
- alle Bildungseinrichtungen, ausgenommen Kindergarten ... Einrichtungsschutz für Gänge und Treppenhäuser

Sofern Misch- oder Doppelnutzungen vorhanden sind, ist jeweils der höhere Schutzzumfang maßgebend.

- (externe) Alarmierungseinrichtungen als Teil der Brandmeldeanlage

In Übereinstimmung mit Punkt 3.7.3.2 der TRVB 123 gilt für die (externen) Alarmierungseinrichtungen Folgendes:

- In Bildungseinrichtungen für Kinder im Alter bis 10 Jahren (Kindergärten, Volksschulen)
 - o ist nur eine Sirene im Aufenthaltsbereich des Betreuungspersonals (muss von diesem jederzeit wahrgenommen werden können) zu installieren. Diese Sirene schaltet sich automatisch nach 10 Sekunden wieder ab.
 - o In allen anderen Bereichen sind (anstelle der Sirenen) rote Blitzleuchten zu installieren.
- Sofern eine Bildungseinrichtung nur im Schutzmfang "Einrichtungsschutz für Gänge und Treppenhäuser" überwacht wird und aufgrund der schalldichten Ausführung der Türen zu Unterrichts- und Gruppenräumen die Gangsirenen nur schlecht oder gar nicht hörbar sind, sind in den Unterrichts- und Gruppenräumen rote Blitzleuchten zu installieren, die bei Ansprechen der BMA angesteuert werden. Sofern die Bildungseinrichtung über eine andere von der BMA unabhängige Alarmierungseinrichtung (z.B. Glocken, Lautsprecheranlage) mit Geräten in den Unterrichts- und Gruppenräumen verfügt, kann auf die Blitzleuchten verzichtet werden, wenn diese Alarmierungseinrichtung über die BMA angesteuert wird.
- Bei der Brandmeldezentrale (BMZ) sowie im Aufenthaltsbereich des Betreuungspersonals (vorzugsweise bei der Leitung) ist eine manuelle Auslösung für alle roten Blitzleuchten (Hausalarm) vorzusehen, um erforderlichenfalls eine vollständige Räumung des Gebäudes einleiten zu können.
- Es wird empfohlen, zur „Voralarmierung“ aus dem benachbarten Brandabschnitt weiße Blitzleuchten in jedem Unterrichts- und Gruppenraum zu installieren, damit durch das Betreuungspersonal auf einfache Weise erkannt werden kann, ob der vorläufige Verbleib in den jeweiligen Räumen angebracht ist oder eine Räumung eingeleitet werden muss.

Hinweis: Eine Alarmweiterleitung an die Brandmeldeauswertezentrale der Feuerwehr der Stadt Wien ist nicht erforderlich.

- Brandfallsteuersysteme

Die Ansteuerung von brandfallgesteuerten Einrichtungen (betriebsbedingt offen stehende Feuerschutztüren und -tore sowie Rauchabschlüsse) muss über ein zugelassenes Brandfallsteuersystem mit Anschluss an eine automatische Brandmeldeanlage gemäß TRVB 151 oder über sonstige Brandschutzeinrichtungen (z.B. Rauchmelder gemäß ÖNORM EN 54-7) erfolgen. Brandfallsteuersysteme für die Ansteuerung durch Brandmeldeanlagen müssen der ÖNORM F 3001 entsprechen.

Von der Brandmeldeanlage bzw. Rauchmelder gemäß ÖNORM EN 54-7 müssen folgende Brandfallsteuerungen durchgeführt werden:

- Schließen von offen gehaltenen Rauch- bzw. Brandschutztüren sowie bei Vorhandensein von Feuerschutzhängen Einleitung des Schließvorganges
- in Abhängigkeit des Gebäudeevakuierungskonzeptes (siehe Punkt 2.8.1 dieser Richtlinie) Durchführung der Befreiungsfahrten von Aufzügen, die nicht als Feuerwehraufzüge ausgeführt sind (Brandfallsteuerung gemäß ÖNORM EN 81-73)
- Schaltung des Feuerwehraufzuges / der Feuerwehraufzüge in den Brandfallmodus
- Aktivierung der Rauchabzüge in den Treppenhäusern gemäß TRVB 111
- Aktivierung der Druckbelüftungsanlage gemäß TRVB 112
- Abschaltung von Lüftungs- und Klimaanlagen gemäß TRVB 151
- Aktivierung der Alarmierungseinrichtung gemäß TRVB 123

2.4.11. Rauchableitung aus unterirdischen Geschoßen

Es gilt Punkt 3.12 der OIB-Richtlinie 2.

2.4.12. Rauchableitung aus Unterrichts-, Gruppen- und Aufenthaltsräumen

Für Unterrichts-, Gruppen- und Aufenthaltsräume ist je Raum zumindest ein öffnbares Fenster vorzusehen. Es ist zulässig, dass diese Fenster im normalen Schulbetrieb nur mit Hilfsmitteln (z.B. Treibriegel) offenbar sind.

Bei Unterrichts-, Gruppen- und Aufenthaltsräumen jeweils mit einer Fläche von mehr als 200 m² und nicht mehr als 1.200 m² (z.B. Turnäle, Werkstätten, Festsaal, Gangnutzung für Unterrichts-, Pausen- und Spielzwecke) sind Öffnungen ins Freie mit einer geometrischen Fläche von mindestens 0,5 % der Fläche des jeweiligen Raumes herzustellen, welche vom Stand aus bedienbar ausgeführt werden müssen.

2.4.13. Rauchableitung bei Treppenhäusern

Es gilt Tabelle 3 der OIB-Richtlinie 2. Hinsichtlich der Ausführung sind die Bestimmungen der TRVB 111 einzuhalten.

Hinweis: Für die erforderlichen Öffnungsflächen bei Rauchabzugseinrichtungen wird festgehalten, dass 1 m² Abzugsöffnung und eine Nachströmöffnung in gleicher Größe (z.B. durch die Hauseingangstüre) als ausreichend erachtet wird.

2.4.14. Mehrere Geschoße in offener Verbindung (z.B. Atrium, Halle), atrien- oder hallenähnlich ausgeführte Treppenhäuser

Es gilt Punkt 5.1.7 der OIB-Richtlinie 2 mit folgenden Abweichungen bzw. Ergänzungen für Atrien bzw. Hallen sowie atrien- oder hallenähnlich ausgeführte Treppenhäuser jeweils innerhalb eines Brandabschnittes mit einer Netto-Grundfläche von nicht mehr als 1.600m²:

- Es sind an der obersten Stelle der Atrien bzw. Hallen sowie atrien- oder hallenähnlich ausgeführten Treppenhäuser Rauchabzugseinrichtungen mit einem geometrisch freien Querschnitt im Ausmaß von 2% der Netto-Grundfläche des Atriums bzw. der Halle sowie des atrien- oder hallenähnlich ausgeführten Treppenhauses anzutragen.
- Die Ansteuerung der Rauchabzugseinrichtungen hat durch eine automatische Brandmeldeanlage gemäß TRVB 123 mindestens im Schutzmfang Brandabschnittsschutz für die Atrien bzw. Hallen sowie atrien- oder hallenähnlich ausgeführten Treppenhäuser und alle nicht von diesen brandabschnittsmäßig getrennten Räumen zu erfolgen, sofern
 - o die Entfluchtung über das atrien- oder hallenähnliche Treppenhaus erfolgt, ODER
 - o beide erforderlichen Fluchtwiege zum Treppenhaus gemäß Tabelle 3 über ein Atrium bzw. eine Halle führen, ODER
 - o der einzige Ausgang aus Aufenthaltsräumen in Atrien bzw. Hallen sowie atrien- oder hallenähnlich ausgeführten Treppenhäuser führt.
- Die Ansteuerung der Rauchabzugseinrichtungen über Rauchmelder gemäß ÖNORM EN 54-7 und Handfeuermelder (Druckknopftaster) ist dann ausreichend, wenn der Fluchtweg gemäß Punkt 5.1.1 der OIB-Richtlinie 2 („erster Fluchtweg“) weder in noch durch Atrien bzw. Hallen sowie atrien- oder hallenähnlich ausgeführten Treppenhäuser führt.

Hinweise:

- Die o.a. Ausführungen stellen lediglich mögliche Lösungsansätze dar; alternative Ausführungen sind bei entsprechender Nachweisführung zulässig.
- Hinsichtlich der Berechnung der geometrisch freien Querschnittsfläche sind die Bestimmungen der TRVB 111 sinngemäß heranzuziehen.

2.5. Flucht- und Rettungswege

2.5.1. Fluchtwege

Es gilt Punkt 5.1.1 in Verbindung mit Punkt 7.2.3 der OIB-Richtlinie 2.

Sofern nicht von jeder Stelle jedes Raumes – ausgenommen nicht ausgebauten Dachräumen – in höchstens 40 m Gehweglänge ein direkter Ausgang zu einem sicheren Ort des angrenzenden Geländes im Freien erreichbar ist, muss in höchstens 40 m Gehweglänge von jeder Stelle jedes Raumes in jedem Geschoß mit Unterrichtsräumen oder Gruppenräumen ein Treppenhaus mit einem Ausgang zu einem sicheren Ort des angrenzenden Geländes im Freien gemäß Tabelle 3 der OIB-Richtlinie 2 sowie ein weiteres Treppenhaus gemäß Tabelle 3 der OIB-Richtlinie 2, wobei hierbei die Gehweglänge nicht begrenzt ist, erreichbar sein. Die gemeinsame Gehweglänge vom entferntesten Punkt darf jedoch höchstens 25 m betragen.

Hinweis: Bei der Fluchtwegführung sind künftige Möblierungen zu berücksichtigen, jedoch im Einreichplan (Bauverfahren) nicht darzustellen.

Bei nicht mehr als zwei oberirdischen Geschoßen, in denen sich im zweiten oberirdischen Geschoß widmungsgemäß nicht mehr als 120 Personen aufhalten können, darf Punkt 5.1.1 (b) der OIB-Richtlinie 2 angewendet werden.

2.5.2. Rettungswege

Für Schul-, Kindergartengebäude sowie andere Gebäude mit vergleichbarer Nutzung (d.h. Bildungseinrichtungen) darf Punkt 5.2 der OIB-Richtlinie 2 nicht angewendet werden, d.h. Rettungswege sind nicht zulässig.

2.5.3. Türen im Verlauf von Fluchtwegen

Es gilt Punkt 2.8 der OIB-Richtlinie 4.

Hinweise:

- Da gemäß Punkt 2.8.4 der OIB-Richtlinie 4 Türen im Verlauf von Fluchtwegen (Beginn des Fluchtweges ist jede Stelle jedes Raumes) als Drehflügeltüren oder sicherheitstechnisch gleichwertig ausgeführt werden müssen, ist die Ausführung von Feuerschutztüren bzw. -toren als Schiebetüren (ohne Gehflügel) nicht zulässig.
- In Kindergärten und Kindergruppen sind Türen in EI₂ 30-C bzw. E 30-C zusätzlich mit Freilaufürschließern auszustatten.

2.5.4. Sicherheitsbeleuchtung

Es gilt Tabelle 6 der OIB-Richtlinie 2.

2.5.5. Multifunktionalzonen (MUFU)

Als Multifunktionalzonen gelten Gangflächen, die für Unterrichts- und Pausennutzung, Spielzwecke sowie Speisebereiche für die Essensaufnahme verwendet werden, wobei folgende Anforderungen einzuhalten sind:

- erforderliche Ganghöhe und Gangbreite jeweils gemäß OIB-Richtlinie 4,
- Bekleidungen und Beläge jeweils gemäß Tabelle 1a der OIB-Richtlinie 2,
- Gangüberwachung durch eine automatische Brandmeldeanlage gemäß TRVB 123 im Schutzumfang Einrichtungsschutz, wobei im Kindergarten vernetzte Rauchwarnmelder ausreichend sind,
- Stoffe schwerbrennbar gemäß ÖNORM A 3800-1, jedoch Anordnung nicht im Überkopfbereich,
- Möblierung für Unterrichts- und Pausennutzung, Spielzwecke (Sitzflächen, Sitzschalen, Lehnen, Sofas, ...) sowie Speisebereichen für Essensaufnahme ... schwerbrennbar gemäß ÖNORM A 3800-1, wobei Holz- und Holzwerkstoffe in D zulässig sind, und im Fluchtwegbereich unverrückbar oder durch entsprechende bauliche Maßnahmen (z.B. Schwelthen, Brüstungen) oder Bodenmarkierungen entsprechend abgegrenzt,
- in Speisebereichen für Essensaufnahme ist die freie Aufstellung von elektrischen Geräten (Herdplatten, Backrohr, Geschirrspüler, Kühlschrank einschl. Gefrierteil, ...) unzulässig
 - Speisebereich für nicht mehr als 30 Personen ... eine entsprechende Abgrenzung durch bauliche Maßnahmen (z.B. Schwelthen, Brüstungen) oder Bodenmarkierungen ist erforderlich bzw. ausreichend
 - Speisebereich für mehr als 30 Personen und nicht mehr als 60 Personen
 - zum Fluchtwegbereich ist eine entsprechende Abgrenzung durch bauliche Maßnahmen (z.B. Schwelthen, Brüstungen) oder Bodenmarkierungen erforderlich
 - für unmittelbar an diesen Speisebereich angrenzende Aufenthaltsräume (z.B. Unterrichtsräume, Gruppenräume) muss zumindest ein Fluchtweg vorhanden sein, der nicht an diesem Speisebereich vorbei oder durch diesen hindurch führt

Hinweis: Speisebereiche für mehr als 60 Personen sind in einem eigenen Raum anzurichten, wobei für die Wände und Türen ein Raumabschluss ohne brandschutztechnische Anforderungen ausreichend ist.

2.5.6. Aufstellen von Ausgabeautomaten und Multifunktionsgeräten

- Begriffsbestimmungen
- Als Ausgabeautomaten gelten geschlossene Standgeräte in Form von Lebensmittelautomaten, Ticketautomaten, diverse Ausgabegeräte für TV-Equipment u.dgl.
- Als Multifunktionsgeräte gelten Drucker, Scanner, Kombinationsgeräte u.dgl.
- Allgemeines

Für die Aufstellung von Geräten in eigenen Räumen sind für die Ausgestaltung der Wände, Decken und Türen infolge der Aufstellung dieser Geräte keine zusätzlichen Anforderungen einzuhalten.

Eine **Aufstellung von Ausgabeautomaten und Multifunktionsgeräten im Treppenhaus ist unzulässig.**

Für Bildschirme sind keine zusätzlichen brandschutztechnischen Regelungen erforderlich.

Die Aufstellung der Geräte muss gegen Umfallen und Verrücken gesichert sein (das Einvernehmen mit dem jeweiligen Haus über Art und Weise der Befestigung ist seitens der Aufsteller*innen herzustellen); die Verwendung von mechanischem Wegrollschutz (wie z.B. Klavieruntersetzer) oder die Entfernung etwaiger Rollen ist möglich, Bremsrollen alleine sind kein ausreichender Schutz.

Die erforderliche Evakuierungsbreite (freie Fluchtwegbreite) bzw. die Mindestbreite der Gänge darf durch die Aufstellung von Geräten nicht unterschritten werden.

Im Falle eines Brandes der Geräte muss die Flucht ohne Gesundheitsgefährdung möglich sein.

Hinweise:

Die bei der Aufstellung verwendeten Systemkomponenten, wie Materialien der Geräte, Rauchhäuser, integrierte oder externe Löscheinrichtung oder Überhitzungsschutz, sind so zu wählen oder aufeinander abzustimmen, dass die durch Verbrennung im Brandfall entstehenden gefährlichen Stoffe die zulässigen Arbeitsplatzgrenzwerte (MAK-Werte, TRK-Werte einschließlich deren Kurzzeit- oder Momentanwerte) unterschreiten.

- Aufstellung in Gängen (Multifunktionszonen) bzw. auf Fluchtwegen

Bei der **Aufstellung von Multifunktionsgeräten** in Gängen hat die Sammlung von Papierabfällen in geschlossenen, nichtbrennbaren Behältern zu erfolgen; die Lagerung von Papier auf Gängen ist nur für den Tagesbedarf zulässig.

Bei der **Aufstellung von Ausgabegeräten** mit potentiellem Abfallaufkommen (Getränke/Lebensmittel) in Gängen hat die Sammlung von Abfällen (Becher, Wickelpapier u.dgl.) in geschlossenen, nichtbrennbaren Behältern zu erfolgen.

Folgende Aufstellungsmöglichkeiten für Ausgabeautomaten und Multifunktionsgeräte sind zulässig:

- bei Stichgängen ... Ausgabeautomaten mit eingebauter Löschanlage oder Multifunktionsgeräten mit Rauchhauben oder jeweils gleichwertigen Einrichtungen
 - bei Fluchtmöglichkeiten in zwei unterschiedliche Richtungen ... keine zusätzlichen brandschutztechnischen Anforderungen
- Gerätbezogene (Aufstellungs-)Regelungen

Folgende Punkte sind bei **Ausgabeautomaten mit integrierter Löschanlage** einzuhalten:

- Die Aufstellung von Automaten ist so durchzuführen, sodass keine gesundheitsgefährdende Ansammlung von Löschmittel (CO_2) in tiefer liegenden Bereichen zusteht kommt (Beachtung der allgemeinen Situation - Luftwechsel, Raumgröße, etc.)
- Anbringung eines Hinweises an von außen gut sichtbarer Stelle am Ausgabeautomaten (bzw. Kennzeichnung von) auf Art der eingebauten Löscheinrichtung (inkl. Angabe über Art des Löschmittels und Löschmenge) oder sonstigen genehmigten Schutzeinrichtung sowie einer Notfallnummer
- Anbringung der Prüfplakette der Löscheinrichtung (oder sonstigen genehmigten Warneinrichtung) an gut von außen sichtbarer Stelle
- Allpolige Abschaltung bei Auslösung der Überwachungseinrichtung des Ausgabeautomaten
- keine Verwendung von Pulverlöschnern, außer Hersteller stellt sicher, dass kein Pulver nach außen dringen kann – Pulveraerosole werden als kritisch eingestuft

- alle Angaben der Hersteller müssen durch Rechnung nachgewiesen werden (z.B. Restverbleib Sauerstoffgehalt)
- die Auslösung der Lösung muss kaltrauchgesteuert erfolgen (ein rein thermischer Auslöser wird z.B. bei Kabelbrand als zu geringes Schutzmaß gesehen)
- Beschreibung der Löscheinrichtung; hier zumindest Angabe über Art des Lösungsmittels und Löschmenge oder sonstiger Einbauten
- ein zertifiziertes Prüfgutachten seitens der Herstellerfirmen, das für Sachverständige nachvollziehbar sein muss

Die angeführten Unterlagen (Zertifikate, Freigaben, Prüfungen, Herstellerangaben, etc.) der Ausgabautomaten und deren Einrichtungen sind zur jederzeitigen Einsichtnahme durch Organe der Behörde oder der Feuerwehr bereitzuhalten.

Folgende Punkte sind bei **Multifunktionsgeräten** einzuhalten:

- Zum Einsatz kommende Multifunktionsgeräte haben die Vorgaben der EN 60950-1 (Einrichtungen der Informationstechnik - Sicherheit - Teil 1: Allgemeine Anforderungen) einzuhalten.
- Zum Einsatz kommende Multifunktionsgeräte, die technologiebedingt mit einer Fixiereinheit (Heizstation) ausgestattet sind, sind mit internen contact/non-contact Termistoren auszustatten, die bei einem anormalen Temperaturanstieg der Fixiereinheit sofort auslösen und die Stromzufuhr zum Multifunktionsgerät unterbrechen. Die Fixiereinheit ist somit sofort deaktiviert.

Die entsprechenden Zertifikate und Nachweise sind zur jederzeitigen Einsichtnahme durch Organe der Behörde oder der Feuerwehr bereitzuhalten.

2.6. Brandbekämpfung

2.6.1. Zugänglichkeit für die Feuerwehr

Es gilt Punkt 6 der OIB-Richtlinie 2 mit folgenden Abweichungen bzw. Ergänzungen:

- Die für Feuerwehrfahrzeuge erforderlichen Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen haben der TRVB 134 zu entsprechen.
- Bildungseinrichtungen müssen zumindest an einer Außenwand über einen Zugang und Aufstellflächen für Feuerwehrfahrzeuge verfügen.
- Für Bildungseinrichtungen mit einer Brutto-Grundfläche von mehr als 5.000 m² sind Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen sowie Zugänge an mindestens zwei Seiten erforderlich.

2.6.2. Sammelplätze

Außerhalb des Gefahrenbereiches des Gebäudes sind Sammelplätze festzulegen, die so gelegen und beschaffen sein müssen, dass die Sicherheit der evakuierten Personen sichergestellt und die Anfahrt der Einsatzfahrzeuge sowie die Tätigkeit der Einsatzkräfte nicht behindert wird. Als Mindestgrundfläche ist für je 4 Personen 1 m² vorzusehen.

Liegt der Sammelplatz in einem Hof, muss dieser von der Straße aus unmittelbar erreichbar und vor Brandeinwirkungen geschützt sein.

Die Sicherheitsbeleuchtung für den Fluchtweg muss jedenfalls bis zum definierten Sammelplatz sichergestellt sein.

2.6.3. Löschwasserversorgung

Es gilt § 63 Abs. 1 lit j BO mit folgenden Abweichungen bzw. Ergänzungen:

- Für Neubauten ist eine Mindestlöschwasserrate von 1l/m² min bezogen auf die größte Brandabschnittsfläche nachzuweisen.
- Für Neubauten von Bildungseinrichtungen in städtischen Randgebieten mit überwiegender Wasserversorgung über Endleitungen hat die Bemessung des Löschwasserbedarfes gemäß TRVB 137 zu erfolgen.

2.7. Organisatorische Brandschutzmaßnahmen

Bei der Festlegung der erforderlichen organisatorischen Brandschutzmaßnahmen ist die brand-schutz-technische Konzeption der Bildungseinrichtung – insbesondere die vorhandenen bzw. vorge-sehenen baulichen und anlagentechnischen Brandschutzeinrichtungen – zu berücksichtigen. Die alleinige Festlegung organisatorischer Maßnahmen ohne Berücksichtigung der gebäudespezifischen Gegebenheiten ist unzureichend.

*2.7.1. Brandschutzbeauftragte**

In jeder Bildungseinrichtung muss mindestens ein*e Brandschutzbeauftragte*r und ein*e Stellvertreter*in gemäß TRVB 119 bestellt werden, wobei diese gemäß TRVB 117 ausgebildet sein müssen. Diese können ihre*seine Aufgaben für mehrere Objekte auch übergeordnet wahrnehmen.

Die Brandschutzbeauftragten müssen mit dem Objekt und den Sicherheitseinrichtungen vertraut und gegenüber Arbeitnehmer*innen in brandschutztechnischen Belangen anordnungsberechtigt sein.

Die Brandschutzbeauftragten haben dafür Sorge zu tragen, dass ihre Agenden in ihrer Abwesenheit von einer*m entsprechend geschulten Stellvertreter*in fortgeführt werden.

Bei kurzfristigen Abwesenheiten können die Aufgaben im Brandfall (Verständigung der Feuerwehr und Maßnahmen der Evakuierung) den Evakuierungshelfer*innen übertragen werden.

*2.7.2. Brandschutzwart*in*

Es müssen Brandschutzwart*innen bestellt werden, wobei diese gemäß TRVB 117 ausgebildet sein müssen. Während der Betriebszeit ist die Anwesenheit der Brandschutzwart*innen anzustreben. Brandschutzwart*innen müssen mit dem Objekt und den Sicherheitseinrichtungen vertraut sein. Wahrnehmungen im gegenständlichen Aufgabenbereich sind den Brandschutzbeauftragten zu mel-den und erforderlichenfalls im Brandschutzbuch zu vermerken.

*2.7.3. Evakuierungshelfer*innen*

Es müssen Personen als Evakuierungshelfer*innen (z.B. gruppenführende Pädagog*innen, Klassen-lehrer*innen, Betreuer*innen, Vortragende) vorhanden sein, die im Einsatzfall ihren zugeordneten Verantwortungsbereich in Abhängigkeit der Brandschutzordnung evakuieren. Die Evakuierungshelfer*innen werden von den Brandschutzbeauftragten über ihre Tätigkeiten nachweislich unterwiesen oder es wird ihnen die Brandschutzordnung nachweislich zur Kenntnis gebracht.

2.7.4. Brandschutzordnung, Brandschutzpläne, regelmäßige Kontrollen, Brandschutzbuch

Es ist eine objektbezogene Brandschutzordnung einschließlich der Festlegung des Verhaltens der Personen im Brandfall gemäß TRVB 119 zu erstellen. Im Besonderen sind die Aspekte der Evakuie- rung im Brandfall zu berücksichtigen. Diese Brandschutzordnung ist allen Personen einmal jährlich nachweislich zur Kenntnis zu bringen.

Es müssen Brandschutzpläne gemäß TRVB 121 ausgearbeitet und beim Hauptzugang für die Feuerwehr bereitgehalten werden. Diese müssen auf aktuellem Stand gehalten werden und sind vom Planbüro der MA 68 vidieren zu lassen.

Es sind regelmäßige Kontrollen hinsichtlich der Brandsicherheit der Bildungseinrichtung (Eigenkontrollen) gemäß TRVB 120 nachweislich durchzuführen.

Es ist ein Brandschutzbuch gemäß TRVB 119 zu führen, in das alle die Brandsicherheit der Bildungseinrichtung betreffenden Vorkommnisse einzutragen sind.

2.8. Regelungen zur Evakuierung von Personen

Sofern Maßnahmen zur Evakuierung von Personen vorgesehen werden, sind folgende Anforderungen einzuhalten:

2.8.1. Allgemeines

Es wird davon ausgegangen, dass im Brandfall Personen mit Mobilitätsbehinderungen die größte Herausforderung darstellen, da sie auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind oder bauliche Barrieren wie Treppen nicht selbstständig oder nur mit großem Zeitaufwand (nutzen) bewältigen können. Da auch Aufzüge im Brandfall in der Regel nicht benutzt werden dürfen, sind folgende Maßnahmen erforderlich.

2.8.2. horizontale Evakuierung

Sofern eine horizontale barrierefreie Evakuierung in den übernächsten Brandabschnitt zu einem Treppenhaus mit einem direkten Ausgang zu einem sicheren Ort des angrenzenden Geländes im Freien vorhanden ist, ist die Anordnung eines sicheren Verweilbereiches gemäß Punkt 2.8.4 dieser Richtlinie nicht erforderlich. Ein eventuell in diesem Brandabschnitt vorhandener Personenaufzug darf solange selbstständig benutzt werden, bis die automatische Rücksendeeinrichtung (Brandfallsteuerung) gemäß ÖNORM EN 81-73 in Verbindung mit einer Brandmeldeanlage aktiviert wird.

Sofern ein sicherer Ort des angrenzenden Geländes im Freien nicht innerhalb von 40 m barrierefrei erreicht werden kann oder eine horizontale barrierefreie Evakuierung in den übernächsten Brandabschnitt zu einem Treppenhaus nicht möglich ist, muss eine gesicherte Fluchtzone (Verweilbereich) oder ein Rauch- oder Brandabschnitt mit Anbindung an einen weiteren baulichen Fluchtweg jeweils innerhalb dieser Distanz erreicht werden können.

Die gesicherte Fluchtzone (Verweilbereich) ist entweder

- als ein Treppenhaus gemäß Punkt 2.8.4 oder
- als ein eigener Raum gemäß Punkt 2.8.4

auszubilden.

2.8.3. vertikale Evakuierung

Sofern höchstens drei Personen mit Mobilitätsbehinderungen über höchstens drei oberirdische Geschosse evakuiert werden sollen und durch organisatorische Maßnahmen eine diesbezügliche Unterstützung von Feuerwehrkräften im Einsatzfall sichergestellt ist (z.B. Brandschutzwart*in und/oder Evakuierungshelfer*in), wird die Evakuierung durch die MA 68 ermöglicht. Andernfalls ist die Errichtung eines Feuerwehraufzuges der Variante 1 (Mindestabmessungen des Fahrkorbes: 1,10 m breit und 2,10 m tief) gemäß ÖNORM EN 81-72 in Verbindung mit den ergänzenden Bestimmungen der TRVB 150 erforderlich, wobei folgende Abweichungen zulässig sind:

- Das unmittelbar anschließende Treppenhaus muss nicht als Sicherheitstreppenhaus ausgeführt werden, sofern sich der Feuerwehraufzug nicht im Treppenhaus (brandgeschützter Vorraum) befindet.
- Für den Feuerwehraufzug darf von der Ausführung der Ersatzstromversorgung als Sicherheitsstromversorgung Abstand genommen werden, wenn die Anforderungen der TRVB 150 erfüllt werden.

2.8.4. Sichere Verweilbereiche

Im Einsatzfall ist organisatorisch sicherzustellen, dass die Feuerwehr über im Verweilbereich befindliche Personen mit Mobilitätsbehinderung informiert wird; dies erfolgt in der Regel durch Brandschutzwart*innen.

- Verweilbereich im Treppenhaus

Für den in einem Treppenhaus ausgebildeten Verweilbereich gelten folgende Anforderungen:

- Das Treppenhaus hat den Anforderungen gemäß Tabelle 2a, 2b der OIB-Richtlinie 2 zu entsprechen oder ist als Sicherheitstreppenhaus gemäß OIB-Richtlinie 2.3 auszuführen.
- Es ist eine Stellfläche mit einer Mindestbreite von 90 cm (ab zwei Plätzen Mindestbreite je 80 cm) und einer Mindestlänge von 120 cm zu schaffen, wobei Anfahrts- und Bewegungsflächen im Bereich der erforderlichen Fluchtwegflächen angeordnet sein können.
- Es muss eine Notrufeinrichtung geschaffen werden (siehe Punkt 2.8.5 dieser Richtlinie).
Hinweis: Die Errichtung einer Sprechverbindung in Form eines Haustelefons oder einer Gegensprechanlage wird empfohlen.
- Es ist in Abhängigkeit der Brutto-Grundfläche der Bildungseinrichtung eine Sicherheitsbeleuchtung zu installieren (siehe auch Punkt 2.5.4 dieser Richtlinie).
- Die Kennzeichnung des Verweilbereiches hat gemäß ÖNORM EN ISO 7010 zu erfolgen.

- Verweilbereich in einem eigenen Raum (Warteraum)

Für den in einem eigenen Raum ausgebildeten Verweilbereich (Warteraum) gelten folgende Anforderungen:

- Der Raum ist als Schleuse oder Loggia eines Sicherheitstreppenhauses gemäß OIB-Richtlinie 2.3 oder als brandgeschützter Vorraum gemäß TRVB 150 oder mit einer Druckbelüftungsanlage im „Raumschutzkonzept“ auszuführen.
- Es ist eine Stellfläche mit einer Mindestbreite von 90 cm (ab zwei Plätzen Mindestbreite je 80 cm) und einer Mindestlänge von 120 cm zu schaffen.
- Es muss eine Notrufeinrichtung geschaffen werden (siehe Punkt 2.8.5 dieser Richtlinie).
Hinweis: Die Errichtung einer Sprechverbindung in Form eines Haustelefons oder einer Gegensprechanlage wird empfohlen.
- Es ist in Abhängigkeit von der Brutto-Grundfläche der Bildungseinrichtung eine Sicherheitsbeleuchtung zu installieren (siehe auch Punkt 2.5.4 dieser Richtlinie).
- Die Kennzeichnung des Verweilbereiches hat gemäß ÖNORM EN ISO 7010 zu erfolgen.

Sofern zumindest zwei nebeneinander liegende Brandabschnitte mit jeweils einem eigenen Warteraum, der im Normalfall auch für andere Zwecke genutzt werden darf, vorhanden sind, genügt für die Warteräume anstelle der Ausbildung als Schleuse oder Loggia eines Sicherheitstreppenhauses gemäß OIB-Richtlinie 2.3 oder als brandgeschützter Vorraum gemäß TRVB 150 folgende Anforderung:

- Die Umfassungsbauteile müssen als sonstige brandabschnittsbildende Wände und Decken gemäß Tabelle 1b der OIB-Richtlinie 2, die Türen in EI₂-30-C-S₂₀₀ ausgeführt werden.
- Es muss eine Sichtverbindung (vorzugsweise öffnbares Fenster) auf die öffentliche Verkehrsfläche bestehen.

Im Falle einer ungenügenden natürlichen Brandrauchentlüftungsmöglichkeit oder der Gefahr des Eindringens von Brandrauch über Fenster aufgrund spezieller örtlicher Gegebenheiten und der dadurch möglichen Gefährdung während des Aufenthalts von Personen mit Behinderung, ist die Herstellung einer Druckbelüftungsanlage gemäß Punkt 6.3 („Raumschutzkonzept“) der TRVB 112 mit Anspeisung in „E 90 – Verkabelung“ direkt von der Niederspannungs-Hauptverteilung erforderlich.

2.8.5. Notrufeinrichtung

Sowohl beim Verweilbereich als auch in der Nähe eines ev. vorhandenen Feuerwehrbedienfeldes bzw. einer zentralen Stelle im Gebäude ist eine Möglichkeit zum Absetzen und Quittieren eines Notrufs einzurichten.

- Verweilbereich

Beim Verweilbereich ist je ein Taster zum Absetzen eines Notrufs (in einer Höhe von 80 cm bis 110 cm über der Fußbodenoberkante) und zum Quittieren des in der Nähe des Feuerwehrbedienfeldes bzw. einer zentralen Stelle im Gebäude eingegangenen Notrufs (in einer Höhe von 140 cm über der Fußbodenoberkante) anzubringen.

- Feuerwehrbedienfeld bzw. zentrale Stelle im Gebäude

In der Nähe des Feuerwehrbedienfeldes bzw. einer zentralen Stelle im Gebäude sind ebenfalls Taster anzubringen, wobei diese der doppelten Anzahl der Verweilbereiche entsprechen müssen:

- Ein Taster kennzeichnet jeweils die Lage der Verweilbereiche; er gibt ein akustisches Signal von sich, wenn der „Gegentaster“ durch eine im Verweilbereich befindliche Person gedrückt wurde. Das akustische Signal muss durch Brandschutzwart*innen oder Brandschutzbeauftragten oder die Feuerwehr quittiert werden können.
- Danach leuchtet der daneben zugeordnete Taster so lange auf, bis durch die Brandschutzwart*innen oder die Brandschutzbeauftragten oder die Feuerwehr beim Verweilbereich der „Gegentaster“ quittiert wird.

Hinweis: Diese Anordnung und Ausführung wird auch als „Schwesternnotruf“ bezeichnet.

Die Notrufeinrichtung muss durch wiederkehrende Instandhaltungen/Wartungen mindestens viermal jährlich, längstens jedoch in Abständen von vier Monaten, auf ihren ordnungsgemäßen und betriebssicheren Zustand von Brandschutzwart*innen nachweisbar gewartet und erforderlichenfalls die Instandsetzung beauftragt werden.

2.8.6. Kennzeichnung der Verweilbereiche

Auf die Verweilbereiche (Treppenhaus und/oder Warter Raum) ist in den Brandschutzplänen gemäß TRVB 121, die im Bereich des allfällig vorhandenen Feuerwehrbedienfeldes aufzubewahren sind, besonders hinzuweisen.

2.8.7. *Evakuierung von Kindern im Alter bis 3 Jahren (Kleinkindergruppe bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, Familiengruppe für Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht) und Gruppen in Sonderformen (z.B. Integrationsgruppe, Heilpädagogische Gruppe u.dgl.)*

Für Gruppenräume und Räume, in denen sich Kinder im Alter bis 3 Jahren (bis zum vollendeten dritten Lebensjahr) aufhalten, die ebenerdig angeordnet sind und Ausgänge unmittelbar ins Freie mit Anbindung an einen Fluchtweg zu einem sicheren Ort des angrenzenden Geländes aufweisen, sind für die Evakuierung keine gesonderten Maßnahmen erforderlich. Andernfalls sind unmittelbar barrierefrei erreichbare Rauch- bzw. Brandabschnitte zu schaffen, um horizontale Evakuierungsmaßnahmen durchführen zu können.

Hinweis: Die Punkte 2.8.2 bis 2.8.6 dieser Richtlinie sind nicht anzuwenden; die Evakuierung wird durch die betriebseigene Organisation ermöglicht.

Sofern die*der Betreiber*in das Alter der Kinder in der Familiengruppe (Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht) auf 2 bis 6 Jahren einschränkt und es sich um selbststrettungsfähige Kinder handelt, gelten die Anforderungen gemäß Punkt 5 der OIB-Richtlinie 2 sinngemäß.

Der Punkt 5.2 der OIB-Richtlinie 2 darf nicht angewendet werden, d.h. Rettungswege sind **nicht zu-lässig**.

2.9. Hantieren mit Brandquellen

2.9.1. Kochplatten und Bügeleisen

Kochplatten sowie Bügeleisen müssen auf nichtbrennbaren und ausreichend großen Unterlagen und derart aufgestellt werden, dass ein Wärmestau und eine Brandgefahr vermieden werden. Weiters ist durch ständige Beaufsichtigung während des Betriebes oder durch geeignete technische Vorrich-tungen (z.B. Schaltuhren, thermische Regeleinrichtungen und dgl.) Vorsorge zu treffen, dass durch den Betrieb dieser Geräte kein Brand entstehen kann.

2.9.2. Kerzen

Brennende Kerzen müssen standsicher befestigt, gegen Umwerfen geschützt, auf unbrennbaren Unterlagen sowie in genügender Entfernung von brennbarem Material aufgestellt sein.

2.9.3. Rauchverbot und die Verwendung von offenen Flammen

In allen öffentlichen Gebäuden sowie im Kindergarten ist das Rauchen in allen zum Aufenthalt der Kinder bestimmten Räumlichkeiten und in der Küche sowie die Verwendung von offenen Flammen verboten. Dieses Verbot muss durch Verbotszeichen gemäß ÖNORM EN ISO 7010 in diesen Räumen und bei den Eingängen zu diesen Räumen ersichtlich gemacht sein.

2.10. Bilder, Pläne, Zeichnungen u.dgl. an den Wänden von Treppenhäusern

Sofern nur ein Treppenhaus vorhanden ist, dürfen Bilder, Pläne, Zeichnungen u.dgl. nur im unab-dingt erforderlichen Ausmaß in metallischen Schaukästen mit bruchsicherem Glas angebracht wer-den (d.h. Pinnwände sind unzulässig).

Sofern für die Flucht aus sämtlichen darauf angewiesenen Räumen zwei voneinander unabhängige Treppenhäuser vorhanden sind, dürfen Bilder, Pläne, Zeichnungen u.dgl. im unbedingt erforderlichen Ausmaß auch auf schwerbrennbaren Trägermaterialien angebracht werden.

3. Zu- und Umbauten, Nutzungsänderungen

3.1. Allgemeines

Folgende Definitionen ergeben sich auf Grund § 60 der Bauordnung für Wien:

- Zubau

alle Vergrößerungen eines Gebäudes in waagrechter oder lotrechter Richtung, ausgenommen die Errichtung von Dachgauben

- Umbau

jene Änderungen des Gebäudes, durch welche die Raumeinteilung oder die Raumwidmungen so geändert werden, dass nach Durchführung der Änderungen das Gebäude als ein anderes anzusehen ist. Ein Umbau liegt auch dann vor, wenn solche Änderungen selbst nur ein einzelnes Geschoß betreffen.

- Nutzungsänderungen

Eine Nutzungsänderung (Umwidmung auf Räume für Bildungseinrichtungen) gilt dann als Umbau, wenn zumindest ein Geschoß von baulichen Änderungen betroffen ist.

Grundsätzlich sind die Bestimmungen der Bauordnung für Wien (BO) in der geltenden Fassung in Verbindung mit der Wiener Bautechnikverordnung (WBTV) – diese beinhaltet auch die OIB-Richtlinien – die Arbeitsstättenverordnung sowie die ergänzenden Anforderungen gemäß der Punkte 2.2 bis 2.10 dieser Richtlinie einzuhalten.

Bei Bildungseinrichtungen, die in den Kompetenzbereich der Stadt Wien fallen, sind zusätzlich das Wiener Bedienstetenschutzgesetz und die Verordnung der Wiener Landesregierung über die zu treffenden Maßnahmen auf dem Gebiet des Brandschutzes für in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigte Bedienstete einzuhalten.

In allen Fällen ist die technische Machbarkeit bzw. die wirtschaftliche Zumutbarkeit im Zusammenhang mit der baulichen Bestandssituation zu berücksichtigen, gegebenenfalls unter Anwendung von § 68 BO und / oder § 2 WBTV.

§ 68 Abs. 1 BO darf bei Zubauten nur angewendet werden, wenn bloß rechtmäßig bestehende einzelne Räume vergrößert werden, oder bei Umbauten in Form von Nutzungsänderungen, wenn nur einzelne Geschoße betroffen sind. Durch die Bauführung darf es zu keiner Verschlechterung von konsensmäßig bestehenden Sicherheitsstandards kommen.

Sofern von einzelnen Bestimmungen der OIB-Richtlinien abgewichen werden soll, obliegen die Nachweise der Gleichwertigkeit der*dem Bauwerber*in bzw. der*dem Planverfasser*in. Die Vorgangsweise für diesbezügliche Nachweise hat gemäß OIB-Leitfaden „Abweichungen im Brandschutz und Brandschutzkonzepte“ zu erfolgen.

Sofern § 2 der WBTV in Anspruch genommen wird, ist jedenfalls die MA 37 - KSB zu befassen. Dies ist nicht erforderlich, sofern nur die in dieser Richtlinie angeführten unwesentlichen Abweichungen, die ohne weiteren Nachweis zulässig sind, in Anspruch genommen werden.

3.2. Ganggarderoben

Abweichend von Punkt 2.4.7 dieser Richtlinie ist die Anordnung von Garderoben auf Gängen bei Einhaltung folgender Voraussetzungen bzw. Anforderungen zulässig:

- Wände zum Gang werden als Trennwände gemäß Tabelle 1b der OIB-Richtlinie 2 ausgeführt,
- es besteht Fluchtmöglichkeit in zwei unterschiedliche Richtungen,
- es ist eine automatische Brandfrüherkennung in Form einer automatischen Brandmeldeanlage im Schutzmfang Einrichtungsschutz für Gänge und Treppenhäuser vorhanden,
- die Garderobenschränke (Spinde) sind unverrückbar und bestehen aus Metall oder aus Brandschutzplatten in der Klassifizierung A2,
- Lüftungsöffnungen der Garderobenschränke (Spinde) werden nur oben und unten angeordnet.
- Die Gangrestbreite darf 1,8 m (bei einseitiger Anordnung von Unterrichts- bzw. Gruppenräumen 1,20 m) unterschreiten, wenn die in der Bauordnung für Wien (BO) vorgeschriebenen Fluchtwegbreiten einschränkungsfrei bestehen bleiben.
- Bei der Aufstellung ist zu beachten, dass die Aufgehrichtung der Spindtüren entgegen dem Fluchtwegstrom angeordnet ist, sofern diese nicht 180° offenbar sind.

3.3. Feuerwehraufzug

Abweichend von Punkt 2.8.1 dieser Richtlinie ist die Errichtung eines Feuerwehraufzuges der Variante 2 (Mindestabmessungen des Fahrkorbes: 1,10 m breit und 1,40 m tief) ausreichend, sofern die Errichtung eines Feuerwehraufzuges der Variante 1 (Mindestabmessungen des Fahrkorbes: 1,10 m breit und 2,10 m tief) nachweislich nicht möglich ist.

4. Bestandssanierungen – Gebäude mit brandschutztechnischen Verbesserungen

4.1. Allgemeines

Die Thematik Brandschutz in städtischen Schulen und Kindergärten wurde im Jahre 2003 bzw. 2004 im Rahmen von Arbeitsgruppen erörtert. Ziel war es, insbesondere bei Bestandssanierungen eine Grundlage zu schaffen, die es ermöglicht, für die umzusetzenden baulichen, anlagentechnischen und organisatorischen Maßnahmen in städtischen Bildungseinrichtungen eine Prioritätenreihung vorzunehmen.

Als wichtige Ziele bei der Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen sind der Personenschutz und das sichere Flüchten von Mitarbeiter*innen, Kindern und deren Eltern, Lernenden sowie Lehrenden innerhalb von Bildungseinrichtungen zu sehen. Dies wird bei Einhaltung der gemäß Punkt 4.2 und 2.8 dieser Richtlinie angeführten Maßnahmen sichergestellt.

In allen Fällen ist die technische Machbarkeit bzw. die wirtschaftliche Zumutbarkeit im Zusammenhang mit der baulichen Bestands situation zu berücksichtigen, gegebenenfalls unter Anwendung von § 68 BO und / oder § 2 WBTV.

Sofern § 2 WBTV angewendet werden soll, obliegen die Nachweise der Gleichwertigkeit der*dem Bauwerber*in bzw. der*dem Planverfasser*in. Die Vorgangsweise für diesbezügliche Nachweise hat gemäß OIB-Leitfaden „Abweichungen im Brandschutz und Brandschutzkonzepte“ zu erfolgen.

Sofern § 2 der WBTV in Anspruch genommen wird, ist jedenfalls die MA 37 - KSB zu befassen. Dies ist nicht erforderlich, sofern nur die in dieser Richtlinie angeführten unwesentlichen Abweichungen, die ohne weiteren Nachweis zulässig sind, in Anspruch genommen werden.

4.2. Vordringlich durchzuführende Maßnahmen

Zur Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes im Rahmen der Bestandssanierung sind folgende Hauptpunkte bzw. Prioritäten formuliert worden:

- Ausführung der Treppenhäuser gemäß Tabelle 3 der OIB-Richtlinie 2 und der Fluchtwege gemäß Punkt 5 der OIB-Richtlinie 2, wobei bei Geschoßen mit Unterrichtsräumen oder Gruppenräumen die Punkte 5.1.1. (b) und 5.2 nicht angewendet werden dürfen (siehe Punkt 7.2.3 der OIB-Richtlinie 2)
- Schaffung von Rauchabzugseinrichtungen gemäß Tabelle 3 der OIB-Richtlinie 2 in den jeweiligen Treppenhäusern, ausgeführt gemäß TRVB 111
- Herstellen eines zweiten baulichen Fluchtweges für jeden Rauch- bzw. Brandabschnitt mit Unterrichtsräumen oder Gruppenräumen, sofern Punkt 5.1.1 (a) der OIB-Richtlinie 2 nicht erfüllbar ist; sofern es auf Grund der vorhandenen baulichen Gegebenheiten nicht möglich erscheint, zwei bauliche Fluchtwege herzustellen, ist mittels eines Brandschutzkonzeptes schlüssig und nachvollziehbar darzulegen, welche Maßnahmen getroffen werden, um dennoch das-selbe Schutzniveau zu erreichen.
- Für Kindergärten und vergleichbare Nutzungen müssen vernetzte Rauchwarnmelder gemäß Punkt 7.2.8 der OIB-Richtlinie 2 angeordnet werden, sofern nicht eine automatische Brand-

meldeanlage im Schutzmfang Vollschutz bzw. Brandabschnittsschutz für die Bildungseinrichtung, jeweils ausgenommen Nassräume errichtet wird (siehe auch Punkt 2.4.9 und 2.4.10 dieser Richtlinie).

- Einbau von geeigneten Alarmierungseinrichtungen gemäß Punkt 2.4.9 dieser Richtlinie
- Einbau einer Sicherheitsbeleuchtung (siehe Tabelle 6 der OIB-Richtlinie 2)
- Einbau von Rauchabzugseinrichtungen in unterirdischen, nicht natürlich belüfteten Fluchtwegen, sofern in diesen Geschoßen Aufenthaltsräume (z.B. Klassen, Werkräume, Physik-, Chemie-, Biologie-, Musikräume, Freizeiträume für Nachmittagsbetreuung u.dgl.) enthalten sind
- Ausbildung von Räumen mit erhöhter Brandgefahr gemäß Punkt 3.9 der OIB-Richtlinie 2

Hinweis:

Die o.a. Maßnahmen stellen ein Gesamtpaket dar.

4.3. Ganggarderoben

Abweichend von Punkt 2.4.7 dieser Richtlinie ist die Anordnung von Garderoben auf Gängen bei Einhaltung folgender Voraussetzungen bzw. Anforderungen zulässig:

- Wände zum Gang werden als Trennwände gemäß Tabelle 1b der OIB-Richtlinie 2 ausgeführt,
- es besteht Fluchtmöglichkeit in zwei unterschiedliche Richtungen,
- es ist eine automatische Brandfrüherkennung in Form einer automatischen Brandmeldeanlage im Schutzmfang Einrichtungsschutz für Gänge und Treppenhäuser vorhanden,
- die Garderobenschränke (Spinde) müssen unverrückbar sein, aus Metall oder aus Brandschutzplatten in der Klassifizierung A2 bestehen,
- Lüftungsöffnungen der Garderobenschränke (Spinde) dürfen nur oben und unten angeordnet werden.
- Die Gangrestbreite darf 1,8 m (bei einseitiger Anordnung von Unterrichts- bzw. Gruppenräumen 1,20 m) unterschreiten, wenn die in der Bauordnung für Wien (BO) vorgeschriebenen Fluchtwegbreiten einschränkungsfrei bestehen bleiben.
- Bei der Aufstellung ist zu beachten, dass die Aufgehrichtung der Spindtüren entgegen dem Fluchtwegstrom angeordnet ist, sofern diese nicht 180° offenbar sind.

Sofern auf Grund der vorhandenen baulichen Gegebenheiten auf Basis einer entsprechenden Begrundung eine Fluchtmöglichkeit in zwei unterschiedliche Richtungen nicht hergestellt werden kann, sind

- diese Gangbereiche durch Türen in E 30-C zu unterteilen und
- die Türen der Unterrichts- und Gruppenräume in EI₂ 30-C-S₂₀₀ auszuführen, damit ein vorübergehender Aufenthalt in den Unterrichts- und Gruppenräumen möglich wird.

Hinweis: Im Regelbetrieb sollte insbesondere bei Türen, die von Personen mit einem Alter von nicht mehr als 11 Jahren benutzt werden, die Selbstschließeinrichtung außer Funktion sein (Freilaufürschließer), sodass die gemäß ÖNORM B 1600 geforderten Werte (25/30 N) eingehalten werden können.

4.4. Feuerwehraufzug

Abweichend von Punkt 2.8.1 dieser Richtlinie ist die Errichtung eines Feuerwehraufzuges der Variante 2 (Mindestabmessungen des Fahrkorbes: 1,10 m breit und 1,40 m tief) ausreichend, sofern die

Errichtung eines Feuerwehraufzuges der Variante 1 (Mindestabmessungen des Fahrkorbes: 1,10 m breit und 2,10 m tief) nachweislich nicht möglich ist.

4.5. Anzahl und Breite der Fluchtwege bzw. Treppenhäuser

Grundsätzlich gilt für die Bemessung von Fluchtwegen bzw. bestehenden Treppenhäusern folgende Festlegung:

- Der baurechtliche konsensgemäße Zustand muss im Rahmen der Vorerhebungen seitens der*des Bauwerber*in festgestellt werden.
- Wenn durch Umstrukturierungen keine Erhöhung der Personenanzahl gegeben ist, ist für die Berechnung der Personenströme die Gesetzeslage zum Zeitpunkt der Erlangung des Konsenses maßgebend.
- Bei Erhöhung der Personenanzahl sind die Bestimmungen gemäß OIB-Richtlinie 4 einzuhalten.
- Die §§ 16 bis 21 der Arbeitsstättenverordnung sind einzuhalten; bei Widersprüchen gelten die Festlegungen gemäß OIB-Richtlinien.

5. Zitierte Regelwerke

5.1. Gesetzliche Regelungen und Verordnungen

- Bauordnung für Wien
- Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der bautechnische Anforderungen festgelegt werden (Wiener Bautechnikverordnung – WBTV)
- OIB-Richtlinie 2, Brandschutz
- OIB-Richtlinie 2.3, Brandschutz bei Gebäuden mit einem Fluchtniveau von mehr als 22 m
- OIB-Richtlinie 4, Nutzungssicherheit und Barrierefreiheit
- OIB-Leitfaden „Abweichungen im Brandschutz und Brandschutzkonzepte“
- UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen
- Gesetz zur Bekämpfung von Diskriminierung (Wiener Antidiskriminierungsgesetz)
- Wiener Kindergartengesetz
- Wiener Bedienstetenschutzgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- VO der Wiener Landesregierung über zu treffende Maßnahmen auf dem Gebiet des Brandschutzes für in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigte Bedienstete

5.2. Richtlinien der MA 37

- Erläuterungen zur OIB-Richtlinie 2, Ausgabe 2019, 165676-2020 vom 20. Feb. 2020

5.3. ÖNORMen

- ÖNORM A 3800-1, Brandverhalten von Materialien, ausgenommen Bauprodukte – Teil 1: Anforderungen, Prüfungen und Beurteilungen
- ÖNORM B 1600, Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen
- ÖNORM B 2473, Brandschutztechnische Maßnahmen bei Schachtzugängen von Aufzügen
- ÖNORM F 3001, Brandfallsteuersysteme, die von Brandmeldeanlagen angesteuert werden - Ergänzende Bestimmungen zu ÖNORM EN 54-2, Anforderungen, Prüfungen und Normkennzeichnung
- ÖNORM EN 3, Teile 1 bis 6, Tragbare Feuerlöscher
- ÖNORM EN 54-2, Brandmeldeanlagen - Teil 2: Brandmelderzentralen
- ÖNORM EN 54-7, Brandmeldeanlagen - Teil 7: Rauchmelder - Punktformige Melder nach dem Streulicht-, Durchlicht- oder Ionisationsprinzip
- ÖNORM EN 54-11, Brandmeldeanlagen - Teil 11: Handfeuermelder
- ÖNORM EN 81-72, Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen – Besondere Anwendungen für Personen- und Lastenaufzüge – Teil 72: Feuerwehraufzüge
- ÖNORM EN 81-73, Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen – Besondere Anwendungen für Personen- und Lastenaufzüge – Teil 73: Verhalten von Aufzügen im Brandfall
- ÖNORM EN 14604, Rauchwarnmelder
- ÖNORM EN ISO 7010, Graphische Symbole - Sicherheitsfarben und Sicherheitszeichen - Registrierte Sicherheitszeichen

5.4. Technische Richtlinien Vorbeugender Brandschutz (TRVB)

- TRVB 110, Brandschutztechnische Anforderungen bei Leitungen und deren Durchführungen
- TRVB 111, Rauchabzug für Stiegenhäuser
- TRVB 112, Druckbelüftungsanlage (DBA)
- TRVB 117, Betrieblicher Brandschutz – Ausbildung
- TRVB 119, Betrieblicher Brandschutz – Organisation
- TRVB 120, Betrieblicher Brandschutz – Eigenkontrollen, Kontrollplan
- TRVB 121, Brandschutzpläne
- TRVB 123, Brandmeldeanlagen
- TRVB 124, Erste und erweiterte Löschhilfe
- TRVB 128, Ortsfeste Löschwasseranlagen naß und trocken
- TRVB 134, Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken
- TRVB 137, Löschwasserbedarf
- TRVB 150, Ergänzende Bestimmungen zur ÖNORM EN 81-72:2015 – Feuerwehraufzüge
- TRVB 151, Brandfallsteuerungen

5.5. Sonstige Regelwerke

- OVE E 8101, Elektrische Niederspannungsanlagen
- OVE R 12-2, Brandschutz in elektrischen Anlagen – Teil 2: Ergänzende brandschutztechnische Anforderungen an elektrische Betriebsstätten und an elektrische Kabel- und Leitungsanlagen in elektrischen Niederspannungsanlagen

6. Änderung der Gültigkeit und Anwendbarkeit von Weisungen

Die Richtlinie der MA 37 vom 22. Dezember 2020, MA 37 – 1191583-2020, wird aufgehoben.

Die gegenständliche Richtlinie gilt ab sofort und ist auch auf anhängige Verfahren anwendbar.

7. Änderungen gegenüber der Richtlinie vom 22. Dezember 2020

Folgende Änderungen wurden gegenüber der Richtlinie vom 22. Dezember 2020, MA 37 – 1191583-2020 vorgenommen:

- Anpassung an die OIB-Richtlinien Ausgabe 2023
- Präzisierung der Räume mit erhöhter Brandgefahr (Punkt 2.4.6)
- Aktualisierung der Verweise in Punkt 2.5.3
- teilweise Präzisierung im Kapitel Evakuierung von Personen (2.8)
- Präzisierung für die Evakuierung von Kindern im Alter zwischen 0 und 6 Jahren und Gruppen in Sonderformen (Punkt 2.8.7)
- Änderung auf derzeit geltende gendergerechte Schreibweise

Die Leiterin der Kompetenzstelle Brandschutz:

D^lin Irmgard Eder
Senatsrätin

Ergeht an:

1. Alle Dezernate der MA 37
2. MA 10
3. MA 11
4. MA 13
5. MA 19
6. MA 34
7. MA 36
8. MA 56
9. MA 64
10. MA 68
11. Bildungsdirektion für Wien

Zur gefälligen Kenntnisnahme:

12. Frau Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
13. Herrn amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz
14. Herrn Stadtbaudirektor
15. Frau Leiterin der MD BD, KBI
16. Frau Leiterin der MD BD, KSI